

Diakoniemitarbeiter: Hände weg vom Weihnachtsgeld

Gestern protestierten 300 Beschäftigte gegen das Hinhalten der Arbeitgeber



20.03.2009 · ROTENBURG (sf) Acht Prozent mehr Einkommen, Hände weg von weiteren Abstrichen beim Weihnachtsgeld und keine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich. Die Beschäftigten in den niedersächsischen Einrichtungen der Diakonie gehen auf die Straße, um ihren Forderungen in den aktuell laufenden Verhandlungen Nachdruck zu verleihen, um die örtlichen Arbeitgeber zu veranlassen, auf ihre Verhandlungsführer in Hannover Druck auszuüben.

Die versuchten sich seit Auslaufen der Verträge zum Jahresende 2008 im Hinhalten, kritisieren die Mitarbeitervertretungen und auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Annette Klausning reiste gestern aus Hannover nach Rotenburg, um ihren Kolleginnen und Kollegen aus Diakoniekrankenhäusern, Rotenburger Werken der Inneren Mission und Mathias-Claudius-Altenheim beizustehen. Mit Abstand der größte Arbeitgeber sind die diakonischen Einrichtungen in

Rotenburg. Rund 3500 Beschäftigte zählt man; jeder zehnte Diakoniebeschäftigte in Niedersachsen steht damit in der Kreisstadt in Lohn und Brot. Nicht zuletzt darum rufen Mitarbeitervertretungen und Gewerkschaft ver.di zum öffentlichen Protest in Rotenburg auf.

Das Angebot der diakonischen Arbeitgeber stelle für die Beschäftigten eine Zumutung dar, meinen Rainer Nagel, Vorsitzender der Mitarbeitervertretung der Rotenburger Werke, und Ed Drijzen, Vorsitzender der "MAV" des Diakoniekrankenhauses, die zusammen rund 3500 Beschäftigte vertreten. Die Einkommen sollen danach ab Jahresmitte 2009 und festgeschrieben bis Ende 2010 um ganze zwei Prozent steigen. Darüber hinaus fordern die Arbeitgeber, die Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden heraufzusetzen. Ohne Lohnausgleich. Für besonderen Zündstoff Sorge die Vorstellung der diakonischen Arbeitgeber, die Jahresleistung zur Gänze vom betrieblichen Erfolg der jeweiligen Einrichtung abhängig zu machen. Das Gros der Beschäftigten in den Einrichtungen erhalte zurzeit ein "Weihnachtsgeld" in Höhe von 90 Prozent eines Monatsgehältes, sagt Rainer Nagel. 40 Prozent davon seien eh schon disponibel, seien an den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens gekoppelt. Nunmehr die komplette Jahresleistung zur Disposition zu stellen, sei einfach nicht hinnehmbar ...

In dem Zusammenhang weist Annette Klausning darauf hin, dass aus Sicht der Gewerkschaft ver.di den Diakoniebeschäftigten das Streikrecht nicht verwehrt werden könne. Zwar hoffe man in den laufenden Verhandlungen, die am Montag in ihre nächste Runde gehen, nach wie vor auf ein Einlenken der Arbeitgeber, doch bei einer andauernden Verweigerung müsse man sehr wohl in alle Richtungen denken. Wenig Verständnis habe sie auch für Aussagen der Landesbischöfin, die sich des Öfteren für eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte stark gemacht habe, es aber unkommentiert lasse, dass man den Beschäftigten in der Diakonie massiv ans Einkommen gehen wolle. Werke-Chefin Jutta Wendland-Park war dem Vernehmen nach bereit, eine Resolution der Mitarbeitervertretung entgegenzunehmen. Nicht so ihr Arbeitgeberpendant im Diakoniekrankenhaus. Wie schon vor zwei Jahren zeige man sich hier wenig geneigt, die Beschäftigten anzuhören, bedauert Ed Drijzen.